

SuS05Ä1NEU Anpassung - Satzung von Bündnis 90/Die Grünen KV Rotenburg Wümme

Gremium: Vorstand
Beschlussdatum: 24.11.2019
Tagesordnungspunkt: 6 Finanzautonomie der Ortsverbände

Antragstext

- 1 Satzung von Bündnis 90/Die Grünen KV Rotenburg Wümme
- 2 Geändert am 29.08.2020, KMV Stemmen

3 Präambel

4 Die Mitglieder der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind überzeugt, dass es zur
5 Durchsetzung ihrer politischen Ziele einer Organisation bedarf, die sich an
6 Wahlen beteiligt und in den Parlamenten vertreten ist. Sie betrachten die
7 parlamentarische Arbeit als ein Mittel unter anderen, getreu den Grundprinzipien
8 – ökologisch, gewaltfrei, basisdemokratisch und sozial, Ihr oberstes Ziel ist es
9 die Lebensgrundlagen zu wahren und zu schützen. Sie fühlen sich verpflichtet,
10 stets für die Gesamtinteressen der Bevölkerung tätig zu werden und bei allen
11 Maßnahmen unter besonderer Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte
12 vorrangig auf die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen für alle Menschen
13 und insbesondere für die kommenden Generationen bedacht zu sein. Die Offenheit
14 zum Gespräch mit allen Personen und Gruppen, die sich in ihrem Wirken und
15 Handeln mit den oben genannten Grundprinzipien in Einklang bringen lassen,
16 gehört zum Selbstverständnis der Partei. Die unterschiedlichen Motive des
17 jeweiligen Engagements werden anerkannt und toleriert, um die Offenheit,
18 Lebensnähe und Vielfalt der grünen politischen Alternative zu bewahren.

19 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedeutet gelebte Demokratie, dass unsere jeweilige
20 politische Arbeit in allen Gremien und im Parlament zeitlich begrenzt bleibt.
21 Ein weiteres Grundprinzip von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es, dass jede und jeder
22 aktiv mitwirken und mitbestimmen kann, unabhängig von der Staatsangehörigkeit.

23 §1 Name, Sitz und Zusammensetzung

- 24 1. Der Kreisverband führt den Namen „Bündnis 90/ Die Grünen Kreisverband
25 Rotenburg Wümme
26 Die Kurzbezeichnung lautet GRÜNE, KV-ROW
- 27 2. Der Tätigkeitsbereich ist das Gebiet des Landkreises Rotenburg/Wümme
- 28 3. Der Kreisverband wird von den in seinem Tätigkeitsgebiet mit ihrem
29 Wohnsitz ansässigen Mitgliedern gebildet. Bei mehreren Wohnsitzen kann ein
30 Mitglied zwischen den Gebietsverbänden der Wohnsitze wählen.

31 §2 Mitgliedschaft

- 32 1. Mitglied kann werden, wer mindestens 14 Jahre alt ist, einen Wohnsitz oder
33 den gewöhnlichen Aufenthalt im Bereich des Landkreises hat und sich zu den

34 Grundsätzen und dem Programm von Bündnis 90/Die Grünen bekennt. Im Bereich
35 des Landkreises lebende Ausländer*innen und Staatenlose können Mitglied
36 von Bündnis 90/Die Grünen werden. Mit der Mitgliedschaft bei Bündnis
37 90/Die Grünen ist die gleichzeitige Mitgliedschaft in anderen Parteien
38 oder die Tätigkeit oder Kandidatur in anderen Parteien oder
39 konkurrierenden Wählervereinigungen unvereinbar.

- 40 2. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand des für den Wohnsitz oder
41 ständigen Aufenthaltsort zuständigen Gebietsverband der jeweils untersten
42 Ebene. Der Aufnahmeantrag ist direkt und umgehend diesem Gebietsverband
43 zuzuleiten. Die Mitgliedschaft beginnt mit dem Aufnahmebeschluss.
- 44 3. Gegen eine Ablehnung kann der/die Abgelehnte Einspruch bei der zuständigen
45 Mitgliederversammlung einlegen, die mit einfacher Mehrheit entscheidet.
46 Eine Ablehnung muss seitens des Vorstandes den Mitgliedern gegenüber auf
47 Anfrage begründet werden.
- 48 4. Die Mitgliedschaft besteht grundsätzlich in dem Gebietsverband des
49 Wohnortes oder des gewöhnlichen Aufenthaltsortes und geht bei deren
50 Wechsel auf den neuen Gebietsverband über. Bei mehreren Wohnsitzen besteht
51 ein Wahlrecht des Mitglieds. Auf begründeten Antrag des Mitglieds können
52 Ausnahmen vom Wohnort- bzw. Aufenthaltsprinzip zugelassen werden. Darüber
53 entscheidet der Vorstand des Gebietsverbandes, in dem die Aufnahme
54 gewünscht ist.

55 §3 Beendigung der Mitgliedschaft

- 56 1. Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss (gemäß § 5.1 der
57 Satzung des Landesverbandes), Streichung aus der Mitgliederliste oder Tod.
- 58 2. Der Austritt ist schriftlich gegenüber dem Vorstand des für den Wohnsitz
59 oder ständigen Aufenthaltsortes zuständigen Gebietsverbands der jeweils
60 untersten Ebene zu erklären.
- 61 3. Zahlt ein Mitglied länger als drei Monate nach der vereinbarten Fälligkeit
62 keinen Beitrag, so gilt dies nach Ablauf eines Monats nach Zustellung
63 einer zweiten Mahnung als Austritt. Auf diese Folge muss in der zweiten
64 Mahnung hingewiesen werden.

65 §4 Rechte und Pflichten der Mitglieder

- 66 1. Jedes Mitglied hat das Recht, an der politischen Willensbildung der Partei
67 im Rahmen von Gesetz und Satzung teilzunehmen, insbesondere durch die
68 Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts innerhalb der Partei,
69 Teilnahme an Mitgliederversammlungen, Teilnahme an Veranstaltungen höherer
70 Gebietsverbände und Beteiligungen an Aussprachen, Abstimmungen sowie durch
71 Stellung von Anträgen im Rahmen der Satzung. Jedes Mitglied hat das Recht,
72 sich mit anderen Mitgliedern in Fachgruppen eigenständig zu organisieren.
73 Die Bildung solcher Gruppen dient der politischen Meinungsbildung
74 innerhalb von Bündnis 90/Die Grünen. Sie sind nicht berechtigt,

- 75 selbständig öffentliche Erklärungen für die Grünen abzugeben. Über
76 Gründung und Zielsetzung müssen die Mitglieder informiert werden.
- 77 2. Jedes Mitglied hat die Pflicht, die Grundsätze der Partei zu vertreten,
78 sich für ihre im Programm festgelegten Ziele einzusetzen, sowie die
79 satzungsgemäß gefassten Beschlüsse der Parteiorgane anzuerkennen und die
80 Mitgliedsbeiträge pünktlich zu entrichten.

81 §5 Mitgliederversammlung

- 82 1. Oberstes Organ des Kreisverbandes ist die Mitgliederversammlung (KMV).
83 Eine Mitgliederversammlung findet mindestens zweimal im Kalenderjahr
84 statt. Sie ist auf Beschluss des Kreisvorstandes, der KMV oder auf
85 schriftlichen Antrag eines Zehntels der Mitglieder des Kreisverbandes
86 unter Angabe der Tagesordnungspunkte vom Vorstand schriftlich
87 einzuberufen.
- 88 2. Mitgliederversammlungen sind mit einer Frist von vierzehn Tagen
89 (Postausgang) vom Vorstand einzuberufen. Eine Einberufung auf Antrag der
90 Mitglieder hat binnen acht Wochen zu erfolgen. Mit der Ladung ist die
91 vorläufige Tagesordnung bekannt zu geben. Mit schriftlicher Zustimmung des
92 Mitglieds ist die Einladung auch per E-Mail zulässig. Diese Zustimmung
93 gilt als gegeben, wenn diese in der elektronischen Mitgliederverwaltung
94 hinterlegt ist und der Einladung per Mail nicht widersprochen wurde.
- 95 3. Die Ladungsfrist kann aus zwingenden mit der Einladung bekanntzugebenden
96 Gründen verkürzt werden.
- 97 4. Die Mitgliederversammlung ist bei Anwesenheit von 10 % der
98 stimmberechtigten Mitglieder beschlussfähig. Ist eine
99 Mitgliederversammlung nicht beschlussfähig, so ist eine innerhalb von 4
100 Wochen erneut einzuberufende Mitgliederversammlung in denselben
101 Tagesordnungspunkten in jedem Fall beschlussfähig.
- 102 5. An der Mitgliederversammlung können Nichtmitglieder teilnehmen. Auf Antrag
103 können Nichtmitglieder von der Teilnahme ausgeschlossen werden.
- 104 6. Über die Mitgliederversammlung ist ein Protokoll anzufertigen. Dieses ist
105 von mindestens einem Vorstandsmitglied zu unterzeichnen. Eine
106 elektronische Unterschrift ist zulässig. Das Protokoll wird innerhalb drei
107 Wochen nach der Versammlung an die Mitglieder versendet und in der Wolke
108 (KV-Cloud) abgelegt.
- 109 7. Satzungsänderungen sind mit der Einladung anzukündigen. Sie können nicht
110 auf einer KMV mit verkürzter Ladungsfrist beschlossen werden.

111 § 6 Beschlussfassung

- 112 1. Stimmberechtigt sind alle anwesenden Mitglieder des Kreisverbandes.
- 113 2. Beschlüsse werden in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit gefasst.
114 Für Satzungsänderungen ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit der anwesenden
115 stimmberechtigten Mitglieder erforderlich. Eine geheime Abstimmung wird
116 durchgeführt auf Antrag von 1/3 der anwesenden Mitglieder.

117 §7 Wahlen

- 118 1. Die Wahlen der Vorstandsmitglieder und der Delegierten sind geheim. Bei
119 den übrigen Wahlen kann offen abgestimmt werden, wenn sich auf Befragen
120 kein Widerspruch erhebt. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der
121 abgegebenen Stimmen erhält. Bei einem erforderlichen zweiten Wahlgang ist
122 gewählt, wer die meisten Stimmen erhält, mindestens aber von 25 Prozent
123 der Abstimmenden gewählt wurde. Bei Stimmgleichheit wird eine Stichwahl
124 durchgeführt. Ist auch diese ohne Ergebnis, entscheidet das Los.
125 Für den zweiten Wahlgang werden nur Kandidat*innen zugelassen, die im
126 ersten Wahlgang mindestens 10 % der abgegebenen Stimmen erhalten haben.
127 Wird im zweiten Wahlgang keinE Bewerber*in gewählt, entscheidet die
128 Versammlung über das weitere Verfahren.
129 Wahlen in mehrere gleichartige Positionen können in einem Wahlgang
130 durchgeführt werden. Dabei hat jedeR Stimmberechtigte so viele Stimmen wie
131 Positionen zu besetzen sind. Gewählt sind dabei unter Beachtung der o.g.
132 Quoten die Bewerber*innen, die die meisten Stimmen erhalten haben.
- 133 2. Die Bewerber*innen auf Wahlvorschlägen des Kreisverbandes und ihre
134 Reihenfolge müssen von den zum Zeitpunkt ihres Zusammentretens
135 wahlberechtigten Mitgliedern in geheimer Abstimmung bestimmt werden.
136 Hinsichtlich der Einzelheiten der Durchführung sind die einschlägigen
137 Rechtsvorschriften einzuhalten.

138 §8 Vorstand

- 139 1. Voraussetzung für die Wahl in den Kreisvorstand ist die Mitgliedschaft in
140 dem jeweiligen Kreisverband. Der Vorstand besteht aus:

- 141 Zwei Vorstandssprecher*innen, dem/der Kassierer*in und drei
142 Beisitzer*innen.
- 143 2. Die Vorstandsmitglieder werden von der Mitgliederversammlung direkt in
144 ihre Funktion gewählt.
- 145 3. Die Amtszeit der Vorstandsmitglieder beträgt zwei Jahre. Sie bleiben bis
146 zur Wahl eines neuen Vorstandes im Amt. Die Wiederwahl ist zulässig.
- 147 4. Mitglieder des Vorstandes dürfen nicht in einem Beschäftigungsverhältnis
148 mit dem Kreisverband stehen.
- 149 5. Die Vorstandsmitglieder sind jederzeit abwählbar. Eine Abwahl ist nur in
150 Verbindung mit einer Neuwahl zulässig. Der Antrag ist mit der Tagesordnung
151 bekannt zu geben.
- 152 6. Der Vorstand erstattet der Mitgliederversammlung jährlich Bericht über
153 seine Tätigkeit.
- 154 7. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner
155 Mitglieder anwesend ist.
- 156 8. Der Vorstand leitet den Kreisverband und führt dessen Geschäfte nach
157 Gesetz und Satzung. Er vertritt den Kreisverband nach außen.
- 158 9. Soweit Arbeitsverhältnisse begründet werden, obliegen ihm die Ausübungen
159 der Arbeitgeberfunktionen.
- 160 10. Die Kreisvorsitzenden vertreten in prozess- und verfahrensrechtlichen
161 Fragen, sowie gegenüber Kreditinstituten den Kreisverband nach außen. Die
162 Vertretung kann durch eine Geschäftsordnung geregelt werden.
- 163 11. Der Vorstand ist berechtigt, sich jederzeit über die Angelegenheiten
164 nachgeordneter Verbände und Parteigremien zu unterrichten. Er kann diese
165 zur Rechnungslegung verpflichten
- 166 12. Die Sitzungen des Vorstandes sind offen für alle Mitglieder, wenn nicht
167 der Kreisvorstand für einzelne Tagesordnungspunkte anderes beschließt.
168 Sitzungstermine und Tagesordnung sind jedem Mitglied auf Anfrage
169 mitgeteilt. Die Protokolle (Ergebnisprotokoll) der Vorstandssitzungen
170 werden innerhalb drei Wochen nach der Sitzung in der Wolke (KV-Cloud)
171 abgelegt.

172 §9 Teilhabe von Frauen (Frauenstatut) , 173 Kinderbetreuung

174 Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Politik ist ein politisches
175 Ziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Mindestquotierung von Ämtern und Mandaten
176 ist eines der Mittel, um dieses Ziel zu erreichen. Von dem Begriff „Frauen“
177 werden alle erfasst, sie sich selbst so definieren.

178 Ebenso wie die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen ist die Anerkennung
179 geschlechtlicher Vielfalt ein Ziel von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Trans*, inter und

180 nicht-binäre Menschen sollen in unserer Partei gleichberechtigte Teilhabe
181 erhalten. Alle Gremien und Versammlungen sind dazu angehalten, dieses Ziel zu
182 achten und zu stärken.

- 183 1. Alle Gremien des Kreisverbandes und der vom Kreisverband zu beschickende
184 Gremien sind mindestens zur Hälfte mit Frauen zu besetzen; wobei den
185 Frauen bei Listenwahlen bzw. Wahlvorschlägen die ungeraden Plätze
186 vorbehalten sind (Mindestquotierung). Die Wahlverfahren sind so zu
187 gestalten, dass getrennt nach Positionen für Frauen und Positionen für
188 alle Bewerber*innen (offene Plätze) gewählt wird. Reine Frauenlisten sind
189 möglich.
- 190 2. Sollte keine Frau auf einen Frauenplatz kandidieren oder gewählt werden,
191 bleiben diese Plätze unbesetzt. Über die Besetzung des offenen Platzes
192 entscheidet die Versammlung. Nur bei Wahllisten kann die Wahlversammlung
193 den Frauenplatz frei geben. Die Frauen der Versammlung haben diesbezüglich
194 ein Vetorecht entsprechend Absatz 4 und können ein Frauenvotum beantragen.
- 195 3. Die Versammlungsleitung wird mindestens zur Hälfte von Frauen übernommen.
196 Das Recht von Frauen auf mindestens die Hälfte der Redezeit ist zu
197 gewährleisten, dazu werden getrennte Redelisten geführt (Frauen/Offen),
198 mindestens jeder zweite Redebeitrag ist Frauen vorbehalten. Ist die
199 Redeliste der Frauen erschöpft, so sind die Frauen der Versammlung zu
200 befragen, ob die Debatte fortgesetzt werden soll.
- 201 4. Eine Abstimmung unter Frauen (Frauenvotum) wird auf einer
202 Mitgliederversammlung auf Antrag von mindestens drei stimmberechtigten
203 Frauen vor der regulären Abstimmung durchgeführt. Für ein Frauenvotum in
204 den KV Gremien genügt der Antrag einer stimmberechtigten Frau für ein
205 Frauenvotum.
- 206 5. Die Mehrheit der Frauen der Versammlung/ Gremien hat ein Vetorecht mit
207 aufschiebender Wirkung. Eine von den Frauen abgelehnte Vorlage kann erst
208 auf der nächsten Versammlung erneut eingebracht bzw. von der Versammlung
209 mehrheitlich an den Vorstand überwiesen werden. Das Vetorecht kann je
210 Beschlussvorlage nur einmal wahrgenommen werden.
- 211 6. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird als Arbeitgeberin die Gleichstellung von
212 Männern und Frauen sicherstellen. Bezahlte Stellen werden auf allen
213 Qualifikationsebenen mindestens zur Hälfte an Frauen vergeben.
- 214 7. Menschen mit Kindern, die im Kreisverband der Partei ein Amt wahrnehmen,
215 können auf Antrag im Rahmen des zur Verfügung stehenden Haushaltstitels
216 Geld für Kinderbetreuung erhalten. Das Verfahren regelt der Kreisvorstand.

217 §10 Rechnungsprüfer*innen

- 218 1. Die Mitgliederversammlung wählt zwei Rechnungsprüfer*innen. Die Amtszeit
219 beträgt 2 Jahre. Rechnungsprüfer*innen müssen Mitglied der Gliederung sein
220 und dürfen kein Vorstandsamt auf gleicher Ebene bekleiden.

221 §11 Beitrags- und Kassenordnung

- 222 1. Kreis- und Ortsverbände besitzen Programm, Finanz- und Personalautonomie.
- 223 2. Finanzangelegenheiten über die Satzung hinaus regelt die Beitrags- und
224 Kassenordnung. Sie ist ein Anhang der Satzung und wird mit einfachem
225 Mehrheitsbeschluss durch die KMV beschlossen.

226 §12 Kreisarbeitsgemeinschaften

- 227 1. Kreisarbeitsgemeinschaften haben die Aufgabe, auf der Grundlage
228 parteiinternen wie externen Sachverständes Themen programmatisch zu
229 bearbeiten, erarbeitete Positionen einer Beschlussfassung zuzuführen, den
230 Kreisvorstand und die MandatsträgerInnen im Landkries zu beraten sowie die
231 Diskussion und Politik in Kreis- und Ortsverbänden anregend zu
232 unterstützen sowie Positionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in anderen
233 Zusammenhängen zu vertreten.
- 234 2. Die KAG'en sind die Schnittstelle zwischen Partei und Initiativen,
235 Verbänden, Vereinen. Sie pflegen im Namen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN
236 Kontakte mit Organisationen und Gruppen außerhalb der Partei und treten
237 nach Abstimmung mit dem Kreisvorstand an die Öffentlichkeit.
- 238 3. Kreisarbeitsgemeinschaften oder ihre Mitglieder haben nur mit
239 schriftlicher Zustimmung des Kreisvorstandes das Recht, im Namen oder zu
240 Lasten des Kreisverbandes Verträge abzuschließen.
- 241 4. Über die Einrichtung und Auflösung von Kreisarbeitsgemeinschaften
242 entscheidet die KMV.
- 243 5. Weiteres bestimmt ein von der KMV zu beschließendes KAG-Statut.

244 §13 Übergangs- und Schlussbestimmungen

- 245 1. Die Satzung tritt am Tage nach der beschließenden Mitgliederversammlung in
246 Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Satzung außer Kraft.
- 247 2. Soweit diese Satzung keine Bestimmungen enthält, ist die Satzung des
248 Landesverbandes Niedersachsen sinngemäß anzuwenden. Dies bezieht sich
249 insbesondere auf die Durchführungen von Urabstimmungen, die Schiedsordnung
250 sowie die Beitrags- und Kassenordnung.

Begründung

Unsere Kreissatzung ist seit 2012 nicht mehr angepasst worden. In Abstimmung mit dem Landesverband (LV) stellen wir den Antrag, die Satzung an die KV-Mustersatzung des LV anzupassen.

Durch die Einführung der Geschäftsordnung für KMVen, der Finanzautonomie, der Regelung für die Kreisarbeitsgruppen und das Abbilden des neuen Frauenstatut ist die Änderung der Satzung erforderlich.

Vorgeschlagene Änderungen von Stefan Fuchs wurden umfänglich berücksichtigt.